

Juni waren bei Betriebsunfällen in Bergwerken 18 Todesopfer zu beklagen, also mehr als bei den blutigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Miliz seit Verhängung des Kriegsrechts. Förderung und Export von Kohle steigen, aber um den Preis wachsenden Risikos. Es fehlen westliche Ersatzteile und Rohstoffe, eine Mitschuld westlicher Sanktionspolitik ist nicht zu leugnen. „Polen in den Bankrott zu treiben und den Ostblock wirtschaftlich in die Knie zu zwingen“, so Österreichs Bundeskanzler *Kreisky* im Juli, sei „der helle Wahnsinn“. Und auch Ex-Präsidenten-Berater *Brzezinski* sprach sich Ende August für eine gemeinsame „beträchtliche Wirtschaftshilfe“ des Westens an Polen aus. Damit, so seine Hoff-

nung, könne die UdSSR möglicherweise bewegt werden, die Vorteile einer konstruktiven Lösung der Probleme in Polen zu bedenken. Im November soll das Umschuldungs-Abkommen zwischen den westlichen Gläubigerbanken und Polen unterschriftsreif sein. Mit Zwang werden Polens Militärs nur oberflächliche und kurzfristige Erfolge in der Wirtschaft erzielen. Eine dauerhafte Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft bedarf innerer Motivation und äußerer Hilfe. Kirchliche Überlegungen einer die Spendentransporte ergänzenden Hilfe zur Selbsthilfe könnten hier ebenso einen Weg weisen wie gezielte westliche Wirtschaftskooperation. Die Krise Polens wird lange genug dauern. *Martin Höllen*

## Über das heutige Österreich hinaus

### Stimmungen und Entwicklungen nach 12 Jahren SPD-Regierung

Der Regierungswechsel in Bonn hat in Österreich noch größeres Interesse als in den anderen Nachbarstaaten der Bundesrepublik erregt. Das ist nicht verwunderlich: Immer wieder waren in der Vergangenheit *direkte Auswirkungen bundesdeutscher Ereignisse* auf österreichische Entwicklungen festzustellen. So kam es gewiß nicht von ungefähr, daß *Bruno Kreisky* im März 1970 seinen triumphalen Wahlsieg feiern konnte – nur knapp sechs Monate nach der Bildung der ersten deutschen Bundesregierung unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler *Willy Brandt* im Oktober 1969.

Auf ähnliche Auswirkungen in umgekehrter Richtung hofft jetzt die Österreichische Volkspartei (ÖVP), die bei den bevorstehenden Parlamentswahlen im April 1983 nach 13 Jahren sozialistischer Vor- und Alleinherrschaft wenigstens die relative Mehrheit erobern möchte. Meinungsforscher und politische Beobachter sind freilich skeptisch: Im Gegensatz zur CDU/CSU konnte die ÖVP aus den Schwierigkeiten der sozialistischen Regierung *kaum nennenswerte Terraingewinne* erzielen, und auch das Profil der Partei auf Bundesebene ist trotz des neuen Programms und trotz des sympathischen neuen Parteivorsitzenden *Alois Mock* eher blaß geblieben.

### Weiter unter Kreisky

Die Popularität von Bundeskanzler *Kreisky* ist indessen trotz seiner chronischen Krankheitszustände im wesentlichen ungebrochen. Wenn auch auf weiten Strecken kaum mehr regiert, sondern nur noch verwaltet wird – die Zügel in seiner Partei hat *Bruno Kreisky* jedenfalls fest in der Hand. Auf diese Weise verhinderte *Kreisky* Erosionsprozesse, wie sie in der SPD in letzter Zeit immer heftiger auftraten, und auch Flügelkämpfe in seiner Partei erstickte der Kanzler von allem Anfang an im Keim. Über-

dies kann *Kreisky* für sich und seine Regierung die Tatsache verbuchen, daß Österreich laut Statistik nach wie vor wie ein *wirtschaftliches* Musterland aussieht: Die Zahl der Arbeitslosen ist in den Sommermonaten auf 2,4% zurückgefallen, die Inflation auf 5,4% gesunken, die Leistungsbilanz hat sich sprunghaft verbessert. Wenn diese günstigen Ziffern auch von einer immer noch ansteigenden, schwindelerregenden Verschuldung und von einer in ihren Ausmaßen gar nicht voll abzuschätzenden verdeckten Arbeitslosigkeit in den verstaatlichten Industrien überschattet werden, so gelingt es der sozialistischen Öffentlichkeitsarbeit dennoch in erstaunlichem Ausmaß, die SPÖ als Garantin von Ruhe und Ordnung, von Vollbeschäftigung und Wirtschaftsstabilität zu empfehlen. Und immer wieder mahnt die Reformpartei von einst mit dem Motto: „Nur keine Experimente!“

Es könnte daher sehr wohl im Bereich des Möglichen liegen, daß *Bruno Kreisky* mit seinen 72 Jahren noch einmal die absolute Mehrheit erobert. Die Voraussetzung dafür ist ein stabiler Gesundheitszustand, der sich nicht weiter verschlechtern darf, wenn der Kanzler sein Ziel erreichen möchte. Im Hintergrund zeichnen sich allerdings immer deutlicher die *Frontstellungen der Nach-Kreisky-Ära* ab. In der Vorstandsetage der größten österreichischen Bank, der Creditanstalt, wartet der ehemalige Vizekanzler und Finanzminister *Hannes Androsch* auf die Stunde seiner politischen Wiederkunft. *Androsch* gilt als politisches Talent. Durch sonderbare Praktiken seiner eigenen Steuerberatungsfirma, merkwürdige Vorgänge bei der Finanzierung seiner Villa und durch die Verstrickung mehrerer seiner Freunde in den Milliardenkandal des Allgemeinen Krankenhauses in Wien ist *Androsch* innerparteilich immer heftiger angefeindet worden. Nach finntenreichen Manövern drängte ihn *Kreisky* schließlich aus der Regierung und schob ihn als Generaldirektor der verstaatlichten Creditanstalt ab. Von dort aus hat *Androsch* zusam-



men mit seinen Freunden, die in wichtigen Positionen der verstaatlichten Wirtschaft verankert sind, den untergründigen Kampf gegen seinen Nachfolger Herbert Salcher aufgenommen, der im Finanzressort mit argen Anfangsschwierigkeiten zu kämpfen hatte. Herbert Salcher, ein Tiroler, ist einer der ganz wenigen bekennenden Katholiken in der obersten sozialistischen Parteihierarchie. Längere Zeit hindurch war Salcher auf Wunsch Kreiskys der Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialismus“, ein Verband im Rahmen der Partei, der nicht sehr einflußreich ist, aber immerhin da und dort einige christliche Farbtupfer in das offizielle Rot der Parteifarbe bringen kann.

Salcher kann persönlich auf den *Rückhalt des Bundeskanzlers* zählen. Das ist viel. Er hat jedoch keine Hausmacht in der Partei. Hannes Androsch, sein Gegenspieler, verfügt hingegen innerhalb der SPÖ und außerhalb der Partei über einen beträchtlichen Anhang. Der mächtige Präsident der österreichischen Einheitsgewerkschaft, *Anton Benya*, der erst kürzlich seinen 70. Geburtstag feierte und der wie Androsch ein ausgeprägter Pragmatiker ist, hat sich wiederholt als enger Freund von Hannes Androsch erwiesen. Auch aus dem bürgerlichen Lager, obwohl es von manchen Maßnahmen des früheren Finanzministers zum Teil empfindlich betroffen wurde, kommen dem in das Bankwesen abgedrängten technokratischen Politiker einige Sympathien zu. Sollte es innerparteilich zu seiner politischen Wiederkehr kommen, dann besteht die akute Gefahr des Bruchs in der Sozialistischen Partei, da die Linken in der SPÖ Hannes Androsch ganz sicher nicht widerstandslos akzeptieren werden. Eine derartige Entwicklung, die zu Verhältnissen wie in der SPD führen könnte, will Kreisky offenkundig unter allen Umständen verhindern. Die Einheit der Partei geht ihm über alles – getreu dem alten austromarxistischen Motto: „Lieber mit den Massen irren als gegen die Massen recht behalten.“ Im Sinn dieser Einheit begünstigt Kreisky bewährte Funktionäre des sozialistischen Parteiapparates wie Vizekanzler *Fred Sinowatz* und *Karl Blecha* als seine potentiellen Nachfolger, die einer etwaigen „Androsch-Nostalgie“ vorbeugen sollen.

## Versöhnung von Kaiserreich und Republik

Für welche politisch relevanten Überraschungen Bruno Kreisky noch heute gut ist, das zeigte seine völlig unerwartete *Zustimmung zur Einreise der ehemaligen Kaiserin Zita* nach Österreich. Ihr wurde die Heimkehr 63 Jahre lang verwehrt. Die heute fast blinde 90jährige Frau war mit Karl I., dem letzten Kaiser von Österreich und letzten König von Ungarn, verheiratet. Der Kaiser verzichtete im Herbst 1918 auf die Ausübung der Regierung, nicht jedoch auf den Thron, und verließ dann Österreich, um mit seiner Familie in die Schweiz in das Exil zu gehen. Das österreichische Parlament beschloß indessen die Abschaf-

fung aller Adelstitel und die sogenannten Habsburgergesetze, die eine Wiedereinreise von Angehörigen des Hauses Habsburg nur nach Vorlage einer Verzichtserklärung erlauben.

Diese Gesetze, die bis heutigen Tag in Kraft sind, führten in den sechziger Jahren an den Rand einer Staatskrise Österreichs, als Otto von Habsburg, ältester Sohn des letzten Kaisers, plötzlich eine Verzichtserklärung unterzeichnete und nach Österreich heimkehren wollte. Die Sozialistische Partei unter Führung des damaligen Parteibornmannes Bruno Pittermann, weigerte sich, diese Verzichtserklärung anzuerkennen, und wollte sich auch dem Spruch höchster Gerichtshöfe nicht beugen. Es kam zu Krawallszenen im Parlament und in der Öffentlichkeit, bis mit Mühe ein Kompromiß gefunden war und der Kaisersohn heimkehren konnte.

Als Bruno Kreisky später die Parteiführung der SPÖ übernahm, kam es zu einer spektakulären *Begegnung zwischen ihm und Otto*, die vor aller Öffentlichkeit eine Versöhnung dokumentieren sollte. Trotzdem war es jetzt erstaunlich, daß die ehemalige Kaiserin ohne jede Verzichtserklärung nach Österreich einreisen durfte. Wie sich erst nachträglich herausstellte, hatte der spanische König Juan Carlos bei Kreisky interveniert, und dieser beauftragte den Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes mit einer rechtlichen Prüfung. Schließlich fand man eine salomonische „österreichische Lösung“: Übereinstimmend mit einem höchstgerichtlichen Urteil fanden die Rechtskundigen nach mehr als sechs Jahrzehnten heraus, daß die Kaiserin als angeheiratete Angehörige des Hauses Habsburg gar keine Thronrechte besaß und daher auch keine Verzichtserklärung leisten mußte.

In Österreich berichteten die Zeitungen, Radio und Fernsehen in langen Reportagen und Interviews über die ehemalige Kaiserin, deren Name vielen jungen Österreichern bis dahin unbekannt war. In dieser Situation sorgte Kanzler Kreisky für das nächste Aufsehen: In einer Presseerklärung sagte er, er habe keinen Einwand gegen eine eventuelle Überführung des 1922 im Exil auf der Insel Madeira verstorbenen letzten österreichischen *Kaisers Karl* in die Wiener Kapuzinergruft. Dies sei ein Akt der Pietät, so erklärte Kreisky, gegen den man nichts einwenden könne, denn die Kapuzinergruft sei nun einmal die Familiengruft der Habsburger.

## K. u. k. Renaissance in den Nachbarländern

Damit scheint sich die endgültige Versöhnung zwischen Republik und Monarchie in Österreich vorzubereiten, die keineswegs ein Votum zugunsten der verschwindend kleinen und politisch bedeutungslosen monarchistischen Bewegung in Österreich darstellt. Wohl aber ist ein *breites Interesse an der eigenen Vergangenheit* wiedererwacht. Hunderttausende Besucher in Ausstellungen über Kaiser Joseph II. und Erzherzog Johann, den deutschen Reichsverweser des Jahres 1848, sind ein Indiz dafür.



Es ist ein seltsames Phänomen, daß sich ähnliche Entwicklungen auch in den *Nachfolgestaaten der alten k. u. k.-Monarchie* abzeichnen. Dort, wo man jahrzehntlang die Donaumonarchie als „Völkerkerker“ verteufelte, entdeckt man plötzlich diesen Vielvölkerstaat in einem neuen und fast verklärenden Licht. In Polen war unlängst eine neu erschienene Biographie über Kaiser Franz Joseph mit 20 000 Exemplaren binnen weniger Tage ausverkauft, und auch in Ungarn, das sich mehr als einmal in blutigen Aufständen gegen die Habsburger erhoben hatte, finden Bücher über das alte Österreich-Ungarn ein neu entdecktes weites Interesse.

Dieses Interesse bleibt nicht nur Papier, sondern findet auch seinen Ausdruck in einem ganz bestimmten Lebensgefühl. So restauriert man in Ungarn mit Liebe alte „Wiener Kaffeehäuser“. Im polnischen Galizien, in Kroatien, im rumänischen Siebenbürgen werden plötzlich die Baudenkmäler der Kaiserzeit wieder entdeckt. In Triest und in der Provinz Friaul gewinnt diese Renaissance besondere Breitenwirkung. Dort hat sich schon vor einigen Jahren eine Bewegung namens „*Civiltà Mitteleuropea*“ gebildet, die zumeist jugendliche Anhänger findet und noch immer weiterwächst. Ihre Mitglieder grüßen einander mit „Viva l’Austria“, sie feiern den Geburtstag des Kaisers Franz Josef in öffentlichen Kundgebungen, zahlreiche Autos tragen demonstrativ schwarzgelbe Etiketten mit dem Doppeladler. Die autonomistische Bewegung eroberte schon eine Reihe von Gemeinderatsmandaten in der Stadt Triest und auch in einer Reihe von Gemeinden des Friaulischen.

## Europäische Dimension

Die Zukunft wird lehren, ob es sich hier um eine rasch vorübergehende modische Zeiterscheinung oder um eine etwas tiefer reichende Entwicklung handelt. Die Erinnerung an das zugrunde gegangene große Reich in Mitteleuropa, vielleicht auch an die korrekte altösterreichische Verwaltung scheint jedenfalls die Phantasie nicht weniger Zeitgenossen zu bewegen: Sowohl in kommunistisch regierten Ländern wie auch in einem westlichen Staat wie Italien.

In einem Kommentar der liberalen „Weltwoche“ in Zürich hieß es vor kurzem zu diesem Thema: „Mitteleuropas Kleinstaatler und Kleinbürger denken mit wachsender Melancholie zurück an ihr vertanes Großreich, das Schmelztiegel vieler Völker, Ideen, Experimente und Hoffnungen war. Man reiste damals ohne Paß vom Bodensee bis in die Bukowina, quer durch einen Kontinent, der heute mit Eisernen Vorhängen zugenagelt ist. Man rief das ‚Hoch‘ auf den Kaiser in mindestens elf Sprachen, nämlich auf deutsch, ungarisch, tschechisch, slowakisch, polnisch, ukrainisch, serbisch, kroatisch, slowenisch, rumänisch, italienisch, nach Bedarf auch auf jiddisch. Europa zerfiel noch nicht in die Einflußzonen zweier Supermächte. Wien war noch eine echte internationale Metropole ...“

Vor diesem Hintergrund sind manche der Perspektiven der *österreichischen Außenpolitik* zu sehen, die vieles tut, um sich den Zugang in das „andere Europa“ auf jeden Fall zu erhalten. Der Mißton während des jüngsten österreichischen Staatsbesuches in der Bundesrepublik, der wegen der Weigerung des österreichischen Bundespräsidenten *Rudolf Kirchschläger*, nach West-Berlin zu fahren, vorübergehend entstanden ist, sollte wohl auch unter diesem Aspekt gesehen werden. Kirchschläger, der während des „Prager Frühlings“ Österreichs Gesandter in der Tschechoslowakei war und dort mutig redete und handelte, ist kein „Appeaser“. Wohl aber möchte auch er wegen Gesten, die für niemanden etwas Konkretes erbringen, nicht oder gegenwärtig wieder Möglichkeiten verschütten, die der österreichischen Diplomatie bei all ihrer Begrenztheit der Mittel und der Kapazität immer noch in Osteuropa offenstehen.

Es ist interessant, daß sich der Erzbischof von Wien, Kardinal *Franz König*, vor dem Europäischen Bischofssymposium in Rom mit ähnlichen Gedanken, wenn auch in noch größeren Dimensionen, ausführlich beschäftigte (vgl. ds. Heft, S. 525). Der Kardinal forderte vor den Repräsentanten der Bischofskonferenzen West- und Osteuropas eine „Neubesinnung der Kirche Europas auf ihre gemeinsame Geschichte, auf ihre geistige Einheit und gemeinsame Zukunft“. Wörtlich sagte der Wiener Erzbischof: „Wenn die Kirche von Europa spricht, dann meint sie nicht ein Teileuropa, das heißt weder das Europa der Wirtschaftsgemeinschaft oder der Freihandelszone, noch das Europa des Europarates und schon gar nicht das Europa der Militärblöcke. Sie meint immer ganz Europa, das durch die christliche Missionierung eine geistige Einheit bildet – von Portugal bis zum Ural, von Island bis Malta.“ Für die Christen könne sich Europa weder mit militärischen noch mit politischen oder gesellschaftlichen Grenzen decken, auch nicht mit dem „schillernden Begriff des christlichen Abendlandes“. Der Kardinal appellierte an alle Christen, ungeachtet der Spaltungen Europas die geistige Einheit des Kontinents zu suchen. Jalta habe eine Teilung neu bekräftigt, die im Grunde auf die Spannung Rom – Byzanz zurückgehe: „Gerade deswegen ist dieser Gegensatz eine der größten Herausforderungen für unsere gemeinsame Aufgabe.“

## Zum Vorgefühl des Papstbesuches

Der Österreichische Katholikentag im September des nächsten Jahres will sich in besonderem Maß dieser Aufgabe stellen. Die Erinnerung an die vor 300 Jahren erfolgte Befreiung Wiens vor den Türken, an der die Polen unter König Sobieski besonderen Anteil hatten, kann in diesem Zusammenhang sicher manche aktuelle Aspekte liefern. Das Kommen des Papstes, der ein ungemein geschichtskundiger und geschichtsbewußter Mann ist, zu diesem Ereignis bürgt dafür, daß über das heutige Österreich hinaus die größere geistige Dimension Mitteleuropas und Europas von Wien aus angesprochen werden



wird. Wenn auch die gegenwärtige dramatische Polarisierung zwischen Ost und West einem solchen Vorhaben nicht gerade günstig ist – die Stimmungslage breiter

Volksschichten in Österreich und in einigen seiner Nachbarländer scheint einem solchen Vorhaben doch entgegenzukommen.  
Fritz Csoklich

## Die Philippinen in der Krise

### Neue Spannungen zwischen Kirche und Staat

Der philippinische Staatspräsident *Ferdinand Marcos* mochte gehofft haben, mit der Einführung einer Präsidialdemokratie im April 1981 seine in- und ausländischen Kritiker besänftigen zu können (vgl. HK September 1981, 467 ff). Gleichwohl ist sein autoritäres Regime in letzter Zeit wieder zunehmend unter Druck geraten, zumal die Regierung die wirtschaftliche Rezession mit ihren weitreichenden sozialen Folgen bisher nicht entscheidend in den Griff bekam. 1981 verzeichnete die Wirtschaft mit 3,8% die geringste Zuwachsrate seit 1972, die Inflationsrate betrug 16%, und die Arbeitslosigkeit stieg im Großraum Manila auf derzeit offiziell 12,9% (landesweit 5,2%). Eine Versammlung führender Unternehmer stellte deshalb kürzlich einen umfangreichen Katalog von Forderungen auf: Bekämpfung der Korruption, Reform der Bürokratie, größere Freiheiten für eine legale Opposition und massive Wirtschaftshilfen für die ländlichen Regionen. Nur durch eine Verbesserung der Wirtschaftsbedingungen gerade auf dem Lande könne einer wachsenden kommunistischen Unterwanderung wirksam Einhalt geboten werden und nicht etwa durch rein militärische Aktionen (Far Eastern Economic Review, 24. 9. 82).

### Verstärkter Druck gegen die Opposition

Die Regierung versucht, der sozialen Unruhe im Lande und der sich *wieder ausweitenden Aktivitäten der Rebellen*, insbesondere der kommunistischen „Neuen Volksarmee“ (NPA), vor allem mit repressiven Maßnahmen zu begegnen. Das ohnehin sehr vage gefaßte Streikrecht wurde weiter eingeschränkt, und die Forderung der Gewerkschaften nach einer Erhöhung der (sehr niedrigen) Mindestlöhne wurde bisher kategorisch abgelehnt, obwohl gerade die einkommensschwachen Schichten am stärksten von der Rezession betroffen sind. Allerdings ist die Gewerkschaftsbewegung der Philippinen auch nicht allzu mächtig, nur etwa 20% der 17 Millionen Arbeitnehmer sind gewerkschaftlich organisiert, und nur eine Minderheit der Organisationen steht Marcos ausgesprochen ablehnend gegenüber.

Zahlreiche oppositionelle Gewerkschafter wurden wegen angeblicher subversiver Tätigkeit verhaftet, darunter der greise Führer der sozialistischen „Bewegung 1. Mai“, *Felixberto Olalia*, der – obgleich erklärter Marxist – in der Öffentlichkeit relativ großes Ansehen genießt. Die mei-

sten der etwa 100 000 Mitglieder der „Bewegung 1. Mai“ (KMU) sind jedoch anti-marxistisch eingestellt, und an der Spitze der KMU steht mittlerweile auch ein engagierter Protestant, *Cipriano Malonzo*, dessen Kurs auch von Katholiken unterstützt wird. So bildete *P. José Dizon*, Führer der „National Priests and Religious Organization“ (etwa 1000 Mitglieder), im Juni 1982 zusammen mit Bürgerrechtlern der KMU eine „Nationale Vereinigung zum Schutz der Rechte der Arbeiter“ (UCA News, 28. 9. 82). Die Verhaftungswelle machte im übrigen auch nicht vor engagierten Katholiken halt. So wurden in letzter Zeit mehrere ausländische Priester und andere Mitarbeiter katholischer Organisationen unter dem *Vorwurf kommunistischer Tätigkeit* verhaftet bzw. unter Arrest gestellt. Unter ihnen befand sich der Generalvikar der Diözese Catabogan (Samar), dessen Haftbefehl angeblich von Präsident Marcos persönlich unterschrieben wurde (nach epd, 8. 9. 82).

Diese *Demonstration der Stärke* seitens der Regierung dient sicherlich nicht nur dazu, Unruhen im Keim zu ersticken. Sie soll wohl auch ihre von der Opposition angezweifelte Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen, ja möglicherweise eine reibungslose Übergabe der Macht in andere Hände vorbereiten. Denn seit längerem gibt es Gerüchte über die angegriffene Gesundheit des Präsidenten, und es erscheint fraglich, ob er seine gesamte Amtszeit durchstehen kann. Immerhin wurde das in der Verfassung vorgesehene Exekutivkomitee, das den Präsidenten im Falle seiner Amtsunfähigkeit vertritt, Anfang August durch die Aufnahme neuer Mitglieder weiter vervollständigt – kurz vor einem neuerlichen Krankenhausaufenthalt des Präsidenten. Dem Gremium gehört jetzt auch *Imelda Marcos* an, die eventuell die Nachfolge ihres Gatten antreten könnte.

### Kritik aus den Reihen der Kirche

Angesichts der *verschärften innenpolitischen Auseinandersetzung* hat auch einer der engagiertesten kirchlichen Kritiker des Präsidenten, der frühere Vorsitzende der philippinischen Bischofskonferenz Kardinal *Jaime L. Sin* (Manila), erneut Stellung bezogen. In einem Interview für die Nachrichtenagentur UPI meinte Kardinal Sin im Juli 1982, Marcos habe es trotz seiner Machtfülle nicht verstanden, die Probleme des Landes zu lösen. Das Volk habe das Vertrauen zu ihm verloren und benötige deshalb